

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl / Politischer Privatbrief – No. 20 15.10. 2012

professor dr. - ing. helmut alt in aachen gilt in kreisen der deutschen elektrotechniker seit jahren als elektropapst, arbeitete für deutsche und ausländische unternehmen, lehrt in div hochschulen. Jetzt schrieb er einen harten brief an siemens-chef peter löschner + belegte zweifel an der so genannten „energie-wende“. aktuell:eud-präsident rainer wieland mdep lehnt eine gg-änderung „wg“ europa ab

„Brüssel“ verhandelt weiter über Türkei-Beitritt. Wie ist die Lage?

Interview mit Türkei-Expertin Dr. Renate Sommer, CDU-MdEP für das Ruhrgebiet



Dr. R.Sommer MdEP

ContraSalon: Warum, so fragen nicht nur deutsche Bürger, wird von der Kommission immer weiter über einen Beitritt der Türkei verhandelt, obschon Menschenrechte (Kirchen!) verletzt werden und Millionen EU-Bürger (Deutsche und Franzosen mit Mehrheit) gegen einen Türkei-Beitritt sind?

Renate Sommer: Diese paradoxe Situation entstand aus einem Systemfehler innerhalb der Europäischen Kommission. Für die Erweiterung der EU wurde eine eigene, meiner Meinung völlig überflüssige Generaldirektion eingerichtet. Ihr Arbeitsauftrag ist es, die Erweiterung der EU voranzutreiben, Kandidatenländer zu beobachten und zu bewerten und den Beitrittsprozess administrativ zu unterstützen. Es ist deshalb im ureigenen Interesse dieser Generaldirektion und natürlich des Erweiterungskommissars, den Erweiterungsprozess voranzutreiben. Da die Türkei der größte Beitrittskandidat ist und die Aufnahme anderer Bewerberländer, wie zum Beispiel Serbien, in weiter Ferne liegt, würde der Erweiterungskommissar, der Tscheche Stefan Füle, am eigenen Ast sägen, sollte er die Einstellung der Beitrittsverhandlungen empfehlen. Gefordert ist also der EU-Ministerrat, denn **ein Drittel der Mitgliedstaaten könnte den Ausstieg aus den Beitrittsverhandlungen beantragen.**

ContraSalon: Wie beurteilen Sie die Gefahr, dass die EU im Fall eines Türkei-Beitritts in Nahost-Konflikte gezogen werden könnte?

Renate Sommer: Die Gefahr ist schon jetzt brandaktuell, weil die Türkei auch NATO-Bündnispartner ist. Die Krise in Syrien mit den Scharmützeln an der syrisch-türkischen Grenze drängt uns schon heute an den Rand eines Bündnisfalls. Sollte die Türkei in einen bewaffneten Konflikt mit Syrien verwickelt werden, wären wir verpflichtet, unseren Nato-Partner voll zu unterstützen. Leider übt sich der türkische Premierminister Erdogan nicht in Zurückhaltung, sondern instrumentalisiert die Situation für seine Zwecke.

Forts.nächste Seite

Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments:

„Die Entscheidung, der EU den Friedensnobelpreis zuzuerkennen, ist zwar verspätet, denn die Europäische Union ist schon lange das größte und erfolgreichste Friedensprojekt der Menschheit, sie kommt aber wegen der Krise genau im richtigen Zeitpunkt. Nach Jahrhunderten der Kriege hat die EU seit ihrer Gründung eine mehr als 60 Jahre andauernde Erfolgsgeschichte des Friedens und der Freiheit geschrieben. Dieser Preis ist eine große Ehre für die Europäische Union und gleichzeitig ein Zeichen an alle, weiterhin nach Innen und Außen für unsere Werte einzustehen. Wir stehen vor großen Herausforderungen, aber der Lohn des erfolgreichen europäischen Projektes besteht aus Frieden, Freiheit und Wohlfahrt, wie das Nobel-Komitee uns heute wieder bestätigt hat. Der Preis ist auch eine große Anerkennung für Helmut Kohl, den einzigen noch lebenden Ehrenbürger Europas, und für dessen Lebenswerk.“



Elmar Brok MdEP

Zum einen wäre ein Machtwechsel, also der Sturz der alevitischen Minderheitsregierung in Syrien durch die sunnitische Bevölkerungsmehrheit, ganz im Sinne der gleichfalls sunnitisch regierten Türkei. Erdogan hätte dann durchaus die Chance, seinen Einfluss in der Region auszuweiten. Zum anderen konnte er nur wegen der kritischen Grenzsituation einen Parlamentsbeschluss durchsetzen, der grenzüberschreitende Militäraktionen, also Verletzungen des internationalen Völkerrechts, legitimiert.

Wie schon im Irak könnte die türkische Armee diese Ermächtigung dazu nutzen, gegen kurdische Gruppierungen im Norden Syriens vorzugehen. Allerdings verkennt Erdogan, dass er dabei mit dem Feuer spielt, denn Syrien hat mit Russland und dem Iran mächtige Verbündete. Iran-Präsident Ahmadinedschad hat schon angekündigt, Syrien im Falle einer Intervention der Türkei zur Hilfe eilen zu wollen. Ein Flächenbrand in Nahost wäre nicht mehr zu verhindern. Der demokratische Westen hofft, dass es nicht dazu kommt.

ContraSalon: *Wie ist die Lage der Christen in der Türkei? Können Sie nun Kirchen bauen oder immer noch nicht?*

Renate Sommer: Der aktuelle EU-Fortschrittsbericht übt nach wie vor scharfe Kritik. Christliche Minderheiten würden diskriminiert und sogar von Extremisten bedroht. Die Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes zur Gleichstellung religiöser Minderheiten werde nicht umgesetzt.

Die Priesterausbildung ist nach wie vor verboten. Enteignungen, wie im Fall des urchristlichen aramäischen Klosters Mor Gabriel stehen weiter auf der Tagesordnung. Auf dem Papier dürfen religiöse Minderheiten zwar Kirchen bauen, doch in der Praxis gibt es unglaubliche bürokratische Hürden. Die willkürliche Ablehnung von Bau- oder Renovierungsanträgen macht Bauvorhaben zum Spießrutenlauf. Und wenn Anwohner gegen einen Kirchenbau sind, findet er einfach nicht statt.

Auch bei bestehenden Gotteshäusern bleibt Diskriminierung offensichtlich. Kreuze an Außenwänden der Gebäude werden entweder nicht erlaubt oder "verschwinden" über Nacht. Die staatliche Religionsbehörde (*Diyanet*), die eigentlich für **alle** Religionen zuständig ist, fördert nur die sunnitischen Muslime. Und – nicht zu vergessen! - wird vom Staat über *Diyanet* der Bau von Großmoscheen innerhalb der EU finanziert, **auch in Deutschland**. Der türkische Staat kommt bei Moscheen sogar für die Energiekosten auf.

Ziel ist es ganz offensichtlich, christliche Minderheiten restlos aus dem Land zu vertreiben. Aber auch muslimische Minderheiten werden schikaniert. Man versucht, sie zu assimilieren. Alle Kinder, egal welcher Glaubensrichtung, müssen am sunnitischen Religionsunterricht teilnehmen. Die Aleviten werden als Sekte eingestuft und dürfen keine Gotteshäuser (Cemhäuser) bauen. Dafür baut die Religionsbehörde in alevitischen Dörfern Moscheen, auch wenn es dort keinen einzigen Sunniten gibt.

Grundgesetz für „mehr Europa“ ändern?

Rainer Wieland MdEP sagt entschieden NEIN! Der Präsident der „Europa Union Deutschland“ (EUD) will jedoch durchaus einen Volksentscheid und macht einen Vorschlag, der schon zur Bundestagswahl realisiert werden könnte.



Präsident Rainer Wieland MdEP/EVP/CDU

Wir lösen die europäische Krise nicht, indem wir unser erfolgreiches Grundgesetz in Frage stellen! Der zur Stabilisierung der Währungsunion gebotene Transfer von nationalen Souveränitätsrechten kann auf der Grundlage der bestehenden Verfassungsordnung geschehen. Ich weiß, dass eine gewisse Faszination vom Artikel 146 unseres Grundgesetzes ausgeht, der eine Tür für eine neue Verfassung enthält. Eine solche neue Verfassung wäre aber nicht der Königsweg aus der Krise, auch wenn das Bundesverfassungsgericht ihn in seiner *jüngeren* Rechtsprechung gleichsam vorzeichnet.

Ich plädiere für eine Volksabstimmung, die das Grundgesetz nicht ersetzt, sondern dessen Europa-Offenheit stärkt! Wer sich heute Reden und Texte von Robert Schuman, Konrad Adenauer,

Theodor Heuss, Carlo Schmid und vielen anderen Akteuren an der Wiege von Grundgesetz und Europäischer Einigung vor Augen führt, weiß, dass der Geist von Frieden und Verständigung Eingang in das deutsche Grundgesetz gefunden hat und seine Präambel weder Verfassungsslyrik noch Zufall ist, sondern Programm und das ganze Grundgesetz als Gründungsratio der Bundesrepublik Deutschland auch in seinem Kernbestand trägt.

Ich betrachte das Grundgesetz nicht nur als prinzipiell vereinbar mit einer weiteren Vertiefung der europäischen Integration, sondern seine Präambel als Kompass auf diesem Weg. Wir müssen gewissermaßen die Präambel des Grundgesetzes in die Verfassung holen! In der Präambel unseres Grundgesetzes ist von dem Willen des deutschen Volkes die Rede, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden zu dienen“...

Die Präambel ist bei manchem Verfassungsrechtler zum Fußnotenlieferanten mit „Da-war-doch-noch-was“-Texten verkommen. Sie muss in europarechtlichen Fragen von der gerade noch geduldeten Auslegungsregel zum Prüfungsmaßstab der Verfassung werden, fast muss man sagen **wieder werden**, wenn man bedenkt, **dass der deutsche Gesetzgeber die Gründung einer europäischen Armee bereits (1954) unwidersprochen gebilligt hatte.** Eines neuen Grundgesetzes bedarf es also nicht! Im Gegenteil: Wir sind mit unserem Grundgesetz in 60 Jahren besser gefahren als Deutschland in Jahrhunderten zuvor – vielleicht gerade wegen des Auftrags zur europäischen Integration...

Deshalb sollte eine **Volksabstimmung über eine Grundgesetzänderung** stattfinden, die den Souveränitätsverzicht zu Gunsten der europäischen Integration ausdrücklich erlaubt. Im Ergebnis muss es dadurch für Bundestag und Bundesrat möglich werden, jeweils mit Zweidrittelmehrheit weitere Kompetenzübertragungen auf die europäische Ebene vorzunehmen. Es bedarf nur eines Referendums, das eine solche Europa-Klausel im Grundgesetz rechtlich sichert. Wir können damit die Grenze, die Karlsruhe für die weitere Integration sieht, durch eine vom Bundesverfassungsgericht als notwendig angesehene Volksabstimmung verschieben.

Bundestag und Bundesrat sollen dann in geteilter Europaverantwortung und im Sinne der Grundgesetzpräambel über alle künftigen Kompetenzübertragungen befinden können. Dazu bedarf es weder besonderer rechtstechnischer Kniffe noch einer komplizierten Debatte. Ein entsprechendes Referendum könnte, getragen von allen europafreundlichen politischen Kräften in Deutschland zügig durchgeführt werden, wenn gewünscht schon zusammen mit der Bundestagswahl 2013!

EIN BRIEF VON VIELEN

Liebe Leserinnen und Leser, ich freue mich, Ihnen und Euch einen Brief des Aachener Professors Dr.-Ing. Helmut Alt an den Chef des SIEMENS-Konzerns Dr. Löschner kaum gekürzt präsentieren zu können. Alt wird unter Kollegen gern Elektro-Papst genannt, hat einen glänzenden Ruf, auch im weiten Ausland. Sceptiker werden ihn im INTERNET auf div. Etagen unter seinem Namen finden, auch an der FU Berlin. Wir kennen uns persönlich aus einem Energie&Umwelt-Arbeitskreis, der in NRW gegen die Verschweigefront der Medien kämpft und noch immer hofft, dass in diesem Land eine faire Debatte unter Energie-Leuten wieder möglich und vor allem über die Medien verbreitet wird. Dabei möchte ich gern hervorheben, dass „es“ schon beginnt, denn Magazine wie SPIEGEL und FOCUS druckten seit dem Frühjahr immer wieder breite Dokumentationen mit energiepolitischen Fakten, die nach Respekt und Dank rufen. - Alt erwähnt den Austritt von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus Deutschlands angesehenen Verbänden wie VDE. Ich füge hinzu, beim VDI ist es noch krasser. Jeder kann mithelfen, die Debatte wieder fair zu gestalten und z.B. Blätter abbestellen, die Klimasceptiker, Kernkraftexperten oder wirkliche Kenner ausländischer Energieproduktionen mit Schimpf, Spott und Lügen überschütten. Und nun Helmut Alt!

Prof. Dr.- Ing. Helmut Alt + Eichelhäherweg 6 + 552078 Aachen

Herrn Dr. Peter Löschner + CEO Siemens AG + Wittelbacher Platz 2 + 80333 München

Sehr geehrter Herr Dr. Löschner,

mit Dankbarkeit hatte ich der WIRTSCHAFTSWOCHE entnommen, dass nun auch Sie als bedeutender Lenker unserer Wirtschaft die Unsinnigkeit der auf Dauer angelegten Überförderung der regenerativen Energien nach dem EEG-Gesetz erkannt und dies öffentlich kundgetan haben.

Umsso unverständlicher scheint mir Ihre kürzlich zu lesende Darstellung in der deutschen Presse: „Die Energiewende wird ein Erfolg. Wenn wir die passenden Antworten geben. Heute.“ Dies entspricht zwar der Intention unseres verehrten Umweltministers Dr. Peter Altmaier, entwickelt sich aber zunehmend zum Schaden für die deutsche Wirtschaft auf dem Gebiet der Energieversorgung in Deutschland. Dr. Altmaier sagte zum Ziel der Energiewende: „Wir müssen den Menschen **das Gefühl geben**, dass die Energiewende auch ihr Projekt ist und dass sie davon profitieren.“

Wegen der Fachkompetenz und Verantwortlichkeit unserer Unternehmenslenker sollte man doch erwarten dürfen, dass auch unter Anerkennung des Primates der Politik eine nur dem Zeitgeist sich anbietende wirtschaftliche Fehlentwicklung nicht auch noch deren zustimmende Förderung findet. Tatsache hierzu ist für den Energiesektor, dass mit jeder weiteren Windenergieanlage und mit jeder weiteren Photovoltaikanlage sowie mit jeder neuen Transportleitung die Strompreise deutlich ansteigen müssen und die Stromversorgung nicht sicherer wird, mit dem Wegfall der Kernkraftwerke auch nicht CO₂-ärmer ist sondern wieder CO₂-reicher. Und damit die von unserem Umweltminister angestrebte und geförderte Gefühlslage in Wahrheit eher den Interessen irgendwelcher Investoren und fast aller Politiker im Deutschen Bundestag - ausgenommen u.a. seine **CDU-Fraktionskollegen Arnold Vaatz und Michael Fuchs** - entgegenkommt, als den Interessen der biederen Stromverbraucher...

Als Jurist muss Dr. Altmaier verständlicherweise vieles glauben, was auf öffentliche Fördermittel hoffende Vertreter neuer Innovationen auf dem Gebiet der Energiebedarfsdeckung oder Elektromobilität ihm nur...vorgaukeln. Daher kann es auf Dauer keine erfolgreiche Energiepolitik werden, wenn er sich weitgehend dem Dialog mit ausgewiesenen wirklichen Fachleuten ...mit konkreter Berufserfahrung verschließt. Von Frau Dr. Merkel als Physikerin kann man schon eher persönliche Einsichten in naturwissenschaftliche Begrenzungen z.B. auf dem Gebiet der elektrischen Energiespeicher, erwarten.

Es tut mir leid, die Dinge aus langjähriger Berufserfahrung in der Energieversorgungsbranche offen angesprochen zu haben. Ich bin mir aber sehr sicher, dass diese Einschätzung der Lage die breite Mehrheit der gesamten energietechnischen Fachwelt sehr gut abbildet. Selbst im VDE (Verband Deutsche Elektrotechnik)(Red. **CS**) hat es bereits erklärte Austritte von langjährigen fachlich hoch erfahrenen promovierten Mitgliedern gegeben, weil auch dieser Verband sich punktuell dem irrigen Zeitgeist faktenwidrig anbietet.

Die auf der neuen gesetzlichen Basis fortschreitende Umsetzung der Energiewende stößt zunehmend an die harten Tatsachen energietechnischer und energiewirtschaftlicher Fakten hinsichtlich Verfügbarkeit und Kosten. Die Verfügbarkeitsproblematik sei anhand der Leistungsganglinien der zeitgleichen Leistungseinspeisung in den ersten 6 Monaten 2012 aller Windenergieanlagen in Deutschland (die gesamte installierte Leistung betrug 29.185 MW bei 22.664 Anlagen) erläutert: Auch wenn in Deutschland irgendwann die vierfache Zahl an Windanlagen installiert sein sollte, ist das Bild der Leistungsganglinie nicht wesentlich anders, nur ist dann der Ordinatenmaßstab statt 25 GW auf 100 GW zu setzen. Die Nullstellen bleiben Nullstellen, denn eine beliebig große Zahl mal Null bleibt Null. Eigentlich sollten das alle Politiker wissen.

Auch unter Hinzunahme der Einspeiseleistungen aus Photovoltaikanlagen, die weitgehend ins Niederspannungsnetz einspeisen, ändert sich die Leistungsbedarfsdeckung zur Winterzeit nur unerheblich...Nur in sonnenreichen Sommermonaten ist die Leistungsbedarfsdeckung am Tage weitgehend möglich, aber auch nur an Tagen, an denen nicht Regenwolken die Sonnenstrahlen weitgehend absorbieren.

Der maximale Leistungsbedarf in Deutschland beträgt rd. 80 GW mit Schwankungsbreiten bis herunter zu rd. 40 GW in der Nacht bei Minimallast im Sommer. Diese 40 GW müssen aber rund um die Uhr ganzjährig zur Verfügung stehen. Dies hat zur Folge, dass aus einem Kraftwerksmix von derzeit rd. 50 GW Wind-plus-Photovoltaikleistung, die Leistung der frequenzstützenden thermischen Kraftwerke in kurzen Zeitintervallen auf Null herunter-

geregelt werden müsste, was jedoch aus technischen Stabilitätsgründen unmöglich und wirtschaftlich unvertretbar wäre. Stromerzeugungskosten werden von derzeit 5.3 ct/kWh im Mix auf mindestens den dreifachen Wert ansteigen. Dazu kommen noch große Kosten für den notwendigen Leitungsbau - bei unsicherer Stromversorgung.

Es ist höchste Zeit, dass in der politischen Verantwortung Stehende das endlich erkennen und die Energiewendeziele mutig revidieren, denn sie sind, **wie Arnold Vaatz MdB treffend sagt, ein "sinnloses Experiment"**...Da die Wind-und Sonnenstrom-Anbieter nur ungesicherte Lieferzusagen geben können, nämlich immer unter dem Vorbehalt „Wenn der Wind weht oder wenn die Sonne scheint“, war das „Aus“ für die Ökostromvermarktung im derzeitigen Börsenhandel bereits durch den unerreichbaren Arbeitspreis der konventionellen Stromerzeugung vorgegeben, man wollte es nur nicht wahrhaben. Durch fluktuierende Einspeisungen werden eben keine Kraftwerke eingespart, sondern nur Brennstoff in den ohnehin auch weiter notwendigen Kraftwerken.

Im Fall der Braunkohle liegt der Faktor unter 2 ct/kWh und bei Kernenergie gar unter 1ct /kWh. Auch in 100 Jahren wird man, trotz beliebig vieler Anlagen und Kostendegression diese Wettbewerbspreise mit Wind-oder Photovoltaikanlagen niemals erreichen können. Mittelfristig müssten die „Back-up-Kraftwerke“ für fluktuative Einspeisungen durch neu zu bauende Gaskraftwerke abgesichert werden, deren Erdgasbedarf aus Russland (!) importiert werden muss. Dieser zusätzliche Erdgasbedarf wird energetisch etwa dreimal so hoch sein wie die aus Wind-und Sonnenenergieanlagen generierte elektrische Energie und die Importpreise für den Erdgasbezug aus Russland zusätzlich in die Höhe treiben.

Das Problem mit Speichern zu lösen, muss scheitern, denn bis heute ist kein physikalisches Prinzip bekannt ist, nach dem man **große** Mengen elektrischer Energie **bezahlbar** speichern könnte. In einer solchen Situation nützen auch beliebig hohe Fördermittel nichts...

Das zuzugeben, fällt auch manchen Forschern und Institutionen nicht leicht. Die Energiewende ist, wie mir Prof. C.C. von **Weizsäcker** schrieb, ein „**Irrtumsweg in die De-Industrialisierung unseres Landes**, und es ist daher im Sinne von Arnold Vaatz MdB energiewirtschaftlich unverantwortlich, wenn man weitermacht...Es fragt sich jetzt, wann die Einsicht zu einer realistischen Energiepolitik gereift sein wird.

Nach 50 jähriger Industrietätigkeit, davon 40 Jahre in verantwortlicher Weise in regionalen und überregionalen Unternehmen der Energiewirtschaft und heute noch weiter als Hochschullehrer glaube ich, die Machbarkeit der Berliner Zielvorgaben fachlich sehr realistisch einschätzen und unserer akademischen Jugend wahrheitsgemäß vermitteln zu können.

Für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe zum Wohle führender Industrieunternehmen in unserem Land und darüber hinaus, wünsche ich Ihnen - bei aller gebotenen Demut vor dem Primat der Politik – stets eine glückliche Hand. Mögen Sie Wunsch und bezahlbare Wirklichkeit trennscharf erkennen und im Sinne hoher Energieeffizienz erfolgreich handeln, damit alle Bürger einschließlich von Hartz-IV-Empfängern auch weiterhin auf eine bezahlbare Energieversorgung vertrauen dürfen.

Ich denke, dass unsere verehrte Bundeskanzlerin die offene Darlegung auch bitterer Wahrheiten und Begrenzungen eher schätzt als anbiedernde Zustimmungsgesten, die dann nur durch **massive Fördermittel zu Lasten der Steuerzahler** eingehalten werden können. Es ist sicher nicht Merkels Art, nach dem Vorbild der „Grünen“ mit der Staatslimousine zum Termin anzureisen und erst an der Straßenecke, bevor die Presse die anreisenden Politiker erfasst, sich in ein E-Mobil zu zwängen, um dessen Einsatzfähigkeit presswirksam zu beweisen, so wie das Herr Trittin kürzlich in Berlin praktizierte.

In diesem Sinne verbleibe ich gerne,
mit freundlichen Grüßen,

Ihr Helmut Alt

Aristoteles (384-322 v.Chr.): „Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen.“

Wohin mit dem Nuklearmüll?

Deutsche Debatte! Deshalb bitte mal lesen, wie die Niederlande mit ihrem Müll in Kooperation mit Frankreich verfahren. Quelle: AREVA-Konzern. Mit Absicht im englischen Original vom INTERNET!

Sixth Transport of vitrified residues to the Netherlands (27.8.2012)

A railway shipment of one package of vitrified residues is organised today from AREVA's railway terminal in Valognes (France) to the storage facility in Covra (1) (Netherlands). This shipment is operated in accordance with commercial contracts between the (2) Dutch Electric Company EPZ and AREVA, existing intergovernmental agreements between France and the Netherlands concerning the recycling of Dutch used nuclear fuel in France, and the French regulation stating that 100 % of the nuclear waste belonging to a foreign country has to be returned into their country of origin.

The shipment is implemented with one TN@ 28 VT cask containing 28 canisters of vitrified residues. The transport cask used is fully compliant with safety criteria defined by the International Atomic Energy Agency (IAEA) and is designed to ensure people and environment protection in all circumstances.

1 COVRA (Centrale Organisatie Voor Radioactief Afval) is the Organisation in charge of the management of radioactive waste in the Netherlands

2 The Dutch Electric Company EPZ (Elektriciteits-Produktiemaatschappij Zuid) is in charge of the management of the Borssele reactor located in the northwest of the Netherlands.

MEDIEN

@ Tom Buhrow, 54, beliebter ARD-Fernsehmoderator und Karnevalist, gehört zu den vielen Bürgern, die nicht wissen, welches Europa Charles de Gaulle wirklich wollte. Jedenfalls nicht ein „Europa der Vaterländer“. Lassen wir de Gaulle selbst sprechen:

„Da ich gerade dabei bin, möchte ich Ihnen kurz sagen, meine Herren Journalisten – und es wird Sie vielleicht überraschen – dass ich selbst **niemals**, in **keiner** meiner Erklärungen, von einem ‚**Europa der Vaterländer**‘ gesprochen habe, obwohl man mir diese Äußerung unablässig zuschreibt.“ Der General sagte „L'Europe des Nations“, Europa der Nationen.



Tom Buhrow ARD

Quelle: Charles de Gaulle: „Memoiren der Hoffnung – Die Wiedergeburt 1958-1962“. Deutsche Ausgabe 1970 Verlag Fritz Molden, Wien. Sein Zitat: Seite 440

@ Thomas Osterkorn, 59, STERN-Chefredakteur, manifestierte gleich in einem politischen STERN-Leitartikel und nicht im hinteren Heft, dass er nicht mehr über Europa weiß als seine Redakteure. Er verwechselte mal wieder den *Europarat mit dem Europäischen Parlament*. Folglich lag auch sein Text schief.

► Aber, liebe **ContraSalon**-Leser, nun kommt die Spitzenleistung. Die Berliner FAZ-Kollegen Lohse und Hoffmann stemmten die Frage, ob denn das Bundesverfassungsgericht (neuer Zeitrechnung??) dem EuGH Fragen zur Prüfung vorlege. Verbunden mit dem blamablen Hinweis auf Straßburg (!) als „höhere Instanz“. Damit machte das Duo bekannt, dass es nicht wusste, dass der EuGH in Luxemburg sitzt. In Straßburg amtiert der ganz anders „aufgehängte“ Europäische Menschenrechtsgerichtshof.

Als sich ein FAZ-Leser an den FAZ-Politik-Chef Zastrow ironisch fragend wandte, erhielt er eine lachhafte Antwort: „Es handelt sich .. nicht um Unwissenheit, sondern um eine Unaufmerksamkeit.“ Wie sagte die Kanzlerin? „Europa muss besser erklärt werden.“ Wer „erklärt“ millionenfach mehr als die Politiker? Die Medien. Zu oft nur so, wie es **ContraSalon** an den drei Fällen zeigt.

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

Tel. 0228 – 324381 // e-mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre Spende deckt Kosten -

bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805